

Opposition im Iran fühlt sich verraten

Die Führung des Landes hat eine Vereinbarung mit Donald Trump getroffen: Die USA verzichten auf Militärschläge, im Gegenzug will das Regime geplante Hinrichtungen aussetzen. Aktivisten in Teheran sind entsetzt.

VON THOMAS SEIBERT

TEHERAN/ISTANBUL Millionen Menschen bei Protestkundgebungen, mindestens 3500 Tote bei Straßenschlachten, ein einwöchiger Internet-Blackout – doch die iranische Führung tut so, als habe es nur einen kleinen Betriebsunfall gegeben. Sein Land habe eine „dreitägige Terror-Operation“ im Auftrag Israels erlebt, sagt Außenminister Abbas Araghchi – dabei dauerten die Proteste zwei Wochen und wurden von Iranern aus allen Bevölkerungsschichten getragen. Hinrichtungen werde es keine geben, versicherte der Minister im amerikanischen Fernsehsender Fox, der US-Präsident Donald Trump zu seinen treuen Zuschauern zählt.

Araghchis Versprechen ist Teil eines Deals der iranischen Führung mit Trump, der zumindest vorerst auf die angedrohten Luftangriffe verzichtet. Die iranische Opposition fühlt sich von den USA verraten. Das Entsetzen über die Brutalität der Einsatzkräfte bei den Unruhen könnte nach Einschätzung von Regierungsgegnern schon bald neue Proteste auslösen.

Mit dem Verzicht auf Hinrichtungen öffnete der Iran eine Tür für Trump: Der US-Präsident konnte seine mehrmaligen öffentlichen Drohungen mit Luftangriffen zurücknehmen, nachdem wichtige arabische Staaten und Berater wie Vizepräsident J. D. Vance davon abgeraten hatten.

„Das Töten hat aufgehört, und Hinrichtungen finden nicht statt“, sagte Trump unter Berufung auf „sehr wichtige Quellen“ auf der iranischen Seite. Araghchi sagte, die Verantwortung für die vielen Todesopfer liege bei pro-israelischen „Terroristen“, die Polizisten und Demonstranten erschossen hätten, um eine US-Intervention zu provozieren. Die iranische Justiz, die die Hinrichtung des 26-jährigen Demonstranten Erfan Soltani angekündigt hatte, erklärte jetzt, Soltani



Das Bild vom 9. Januar soll eine Szene der Proteste im Iran zeigen. Die Opposition spricht von rund 3500 Todesopfern.

FOTO: AP

sei wegen Vergehen angeklagt, für die der Galgen nicht vorgesehen sei.

Vor der Einigung hatte Araghchi mit Trumps Berater Steve Witkoff gesprochen. Zudem vermittelte das Sultanat Oman: Außenminister Badr al-Busaidi verhandelte mit Araghchi und Präsident Massud Peseschkian. Nach Bekanntwerden der Einigung fielen die Ölpreise, die in Erwartung einer Eskalation in den vergangenen Tagen angezogen hatten.

Die iranische Opposition empfindet den Deal als Hohn. „Die Enttäuschung ist sehr groß“, sagt die deutsch-iranische Aktivistin Daniela Sepehri, die viele Kontakte im Iran hat. „Die Menschen im Iran wurden von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen“, sagte Sepehri unserer Redaktion. Statt Hilfe für die Opposition habe es nur Ankündigungen gegeben.

Dabei schlug das Regime mit so viel Brutalität zu wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die iranische Exil-Menschenrechtsgruppe IHR in Norwegen hat 3500 Todesopfer allein vom 8. bis zum 12. Januar gezählt. Wegen der landesweiten Internet-Sperre sei es schwierig, die Gesamtzahl der Toten seit Be-

ginn der Proteste am 28. Dezember zusammenzutragen, erklärte die Organisation. Noch nie seit einem Massaker an mindestens 5000 Häftlingen 1988 hat die Islamische Republik so viele Gegner bei einem Ereignis getötet.

„Was ich höre, sind Berichte von Tod und Zerstörung überall und vom Schock über das Ausmaß der Brutalität des Regimes“, sagte der Iran-Experte Arash Azizi von der Universität Yale in den USA. „Die Leute haben jetzt Angst, vor die Tür zu gehen.“ Menschenrechtler und Augenzeugen berichten von Polizisten und Revolutionsgarden, die in Demonstrationen züge feuerten und Scharfschützen, die von Dächern aus gezielt Menschen töteten. In einigen Fällen hätten die Einsatzkräfte fliehenden und unbewaffneten Demonstranten in den Rücken geschossen, berichtete Amnesty International. „Unser ganzes Stadtviertel riecht nach Blut, so viele Menschen haben sie getötet“, sagte ein Iraner dem persischen Dienst der BBC. Ein anderer Augenzeuge berichtete auf X, sein 24-jähriger Neffe sei vor den Augen seines Vaters vor seiner Wohnungstür erschossen worden.

Unter den Opfern war auch die 23-jährige Rubina Aminian, die Modeschöpferin werden wollte. Sie starb am Abend des 8. Januar in Teheran durch einen Schuss in den Hinterkopf, wie IHR mitteilte. Als ihre Verwandten die Leiche der jungen Frau zur Beerdigung abholen wollten, wurden sie von den Be-

hörden in die Nähe von Aminians Universität bestellt. „Dort sahen sie Hunderte Leichen von jungen Leuten, von denen viele Kopf- und Nackenschüsse aufwiesen“, berichtete IHR.

Aminians Familie durfte Rubina nicht auf dem Friedhof in ihrer zentraliranischen Heimatstadt Kermanschah beisetzen, sondern musste sie am Straßenrand verscharren. Damit wollen die iranischen Behörden offenbar verhindern, dass die Gesamtzahl der Opfer ermittelt werden kann. „Sagt der Welt, dass das Regime das Land in einen Friedhof verwandelt, wenn sie nichts tut“, zitierte Amnesty einen iranischen Journalisten.

Inzwischen herrsche Ruhe im Land, sagte Außenminister Araghchi. Das sieht die Opposition anders, auch wenn es seit Tagen keine Demonstrationen mehr gibt. „Wut und Schock sind immer noch da“, meint der in den USA lebende Aktivist Navid Mohebbi. Die Gründe für den Protest – wachsende Armut und Perspektivlosigkeit – seien nicht plötzlich weg: „Das Spiel ist noch nicht vorbei“, schrieb Mohebbi auf X; „2026 ist ein entscheidendes Jahr.“

INFO

Der Flugverkehr ist vorerst eingeschränkt

Reaktion Angesichts der Lage im Iran haben mehrere westliche Staaten ihre Bürger zur Ausreise aufgefordert und den Flugverkehr eingeschränkt. Italien und Polen forderten ihre Bürger auf, den Iran zu verlassen. Großbritannien und Portugal schlossen vorübergehend seine Botschaft in Teheran.

Lufthansa Die Bundesregierung warnte deutsche Fluggesellschaften, woraufhin die Lufthansa ankündigte, den iranischen und irakischen Luftraum zu umfliegen.

Entwaffnung der Hamas ist größte Schwierigkeit in Gaza

WASHINGTON/GAZA (rtr) Die USA haben die zweite Phase ihres Plans zur Beendigung des Gaza-Krieges eingeleitet, obwohl zentrale Elemente der ersten Phase noch nicht erfüllt sind. Der Sondergesandte von US-Präsident Donald Trump, Steve Witkoff, kündigte an, dass damit eine palästinensische Übergangsregierung aus Technokraten in Gaza eingesetzt werde. Diese soll den Prozess der Entwaffnung und des Wiederaufbaus beginnen.

Das Gremium soll 15 Mitglieder haben und von Ali Schaath geleitet werden, einem ehemaligen stellvertretenden Minister der Palästinensischen Autonomiebehörde. Dem Gremium sollen zudem Vertreter aus dem Privatsektor und von Nichtregierungsorganisationen angehören. Sowohl die Hamas als auch die Fatah-Gruppe von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas haben die Mitgliederliste gebilligt. Überwacht werden soll die Regierung von einem internationalen „Board of Peace“ (Friedensrat). Als Vertreter dieses Gremiums vor Ort wird der frühere UN-Nahost-Gesandte Nickolaj Mladenow erwartet.

Die größte Herausforderung der zweiten Phase ist die Entwaffnung der radikal-islamischen Hamas, die sich weigert, ihre Waffen niederzulegen. Führende Vertreter der Ha-



Das Maß der Zerstörung im Gazastreifen ist groß.

FOTO: DPA

mas und anderer palästinensischer Gruppen halten sich nach Angaben der Organisation für Gespräche über die zweite Phase in Kairo auf. Ein US-Regierungsvertreter erklärte, Ziel sei es, eine Alternative zur Hamas zu schaffen. Mit dieser neuen Regierung werde man dann Gespräche mit der Hamas über die Entwaffnung und mit Israel über mögliche Amnestie-Programme führen.

Israel und die Hamas hatten dem von Trump vorgelegten Plan im Oktober zugestimmt. Die erste Phase, die einen vollständigen Waffenstillstand vorsah, wurde jedoch durch israelische Luftangriffe, die gescheiterte Bergung der Überreste einer israelischen Geisel und Verzögerungen bei der Wiedereröffnung des Grenzübergangs zu Ägypten gestört.

Illegale Migration in die EU geht zurück

Im Vergleich zum Vorjahr kamen 26 Prozent weniger Menschen. Die Routen verändern sich ständig.

WARSAU (dpa/kna) Die Zahl der registrierten irregulären Grenzübertritte in die Europäische Union ist 2025 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Viertel zurückgegangen. Das geht aus Zahlen hervor, die die EU-Grenzschutzbehörde Frontex mit Sitz in Warschau vorgelegt hat. Knapp 178.000 Versuche registrierte die Behörde demnach im vergangenen Jahr. Das ist der niedrigste Wert seit 2021.

Frontex bewertete den Rückgang in seinem Bericht als „bemerkenswerte Entwicklung“. Die Behörde warnte aber gleichzeitig, dass die Situation an den Außengrenzen der EU ungewiss bleibe. „Der Trend geht in die richtige Richtung, aber die Risiken verschwinden nicht“, sagte Frontex-Direktor Hans Leijten. Die enge Kooperation seiner Behörde auch mit Regierungen und Partnern in Staaten außerhalb der EU habe gute Ergebnisse gebracht.

EU-Migrationskommissar Magnus Brunner bezeichnete den deutlichen Rückgang als „Ergebnis starker Außengrenzen und wirksamer internationaler Partnerschaften“. Die Migrationsdiplomatie der EU wirke, teilte der österreichische Politiker mit. „Die Zahlen bedeuten, dass weniger Menschen geschleust werden, weniger Menschen Missbrauch erleiden und weniger Leben

in Gefahr geraten.“ Im vergangenen Jahr wurden laut Frontex deutlich weniger irreguläre Versuche, in die EU zu kommen, auf der westafrikanischen Route (-63 Prozent), auf der Westbalkanroute (-42 Prozent) und an den östlichen Landgrenzen der EU zu Belarus (-37 Prozent) verzeichnet. Den Rückgang auf der Westbalkanroute führt Frontex auf verbesserte Sicherheitsmaßnahmen und Kooperation mit Bosnien-Herzegowina zurück.

Die meisten Menschen, die Frontex bei den irregulären Grenzübertritten registrierte, haben eine bangladeschische, ägyptische oder afghanische Staatsangehörigkeit.

Die meistgenutzte Migrationsroute in die EU bleibt demnach der zentrale Mittelmeerraum, auf den 2025 ein knappes Drittel aller irregulären Grenzübertritte entfielen. Häufig wurde auf dieser Route der Weg von Libyen nach Italien gewählt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gab es hier kaum eine Veränderung: 66.328 Versuche, über das Mittelmeer in die EU zu kommen, verzeichnete Frontex 2025 – ein Prozent weniger als im Vorjahr.

Ein differenziertes Bild ergibt sich bei der Route über das östliche Mittelmeer. Während hier die Zahl der irregulären Grenzübertritte insgesamt um 27 Prozent zurückging,

verzeichnete Frontex dreimal so viele Versuche wie 2024, vom Osten Libyens zur griechischen Insel Kreta in die EU zu gelangen. Dies zeige, wie schnell sich der Migrationsdruck und bevorzugte Routen wandeln könnten, heißt es in dem Bericht.

Für die EU ist Libyen ein wichtiger Partner, Migranten von der Einreise in die EU abzuhalten. Sie unterstützt und finanziert die libysche Küstenwache. Seenotrettungsorganisationen berichten von Gewalt durch die Küstenwache gegen Geflüchtete und Helfer. Sie dokumentierten Fälle etwa von Schüssen auf Rettungsboote und der Verschleppung von Geflüchteten in das Krisenland. 2023 kam ein UN-Bericht zu dem Ergebnis, dass die EU mit ihrer Unterstützung für die libysche Küstenwache Beihilfe zu Straftaten leistet.

Besonders über die westliche Mittelmeerroute – also etwa von Algerien nach Spanien – nahmen die irregulären Überfahrten im vergangenen Jahr zu. Frontex registrierte nach eigenen Angaben 14 Prozent mehr als 2024. Einen leichten Rückgang gab es dagegen bei den irregulären Ausreisen nach Großbritannien. Die Zahl der Versuche, über den Ärmelkanal zu kommen, sanken demnach um drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr.



Mitte Dezember wurden fast 540 Migrantinnen auf einem Segelboot von der griechischen Küstenwache gerettet.

FOTO: COSTAS METAXAKIS/AFP